

Rede 26.9.2026 Berlin für den Block „Feministisch, gewerkschaftlich, solidarisch“ (Bündnis 8.März Berlin)

Jana Seppelt, Landesfachbereichsleitung ver.di Fachbereich Gesundheit, soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft

Franziska Aurich, Pflegekraft an der Charité, ver.di Aktive, Mitglied Bundesfachbereichsvorstand Fachbereich Gesundheit, soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft

Jana: Liebe Leute, wir stehen hier vor Euch, und wir sagen es ganz offen: Wir haben eine Mordswut im Bauch!

Franzi: Ja, ehrlich – ich hab Puls. Ihr auch?

Jana: Letztes Wochenende, kurz nach 18 Uhr: Die ersten Hochrechnungen zu den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin laufen über den Bildschirm. Ich sehe, wie zum zweiten Mal seit dem Ende des Hitlerfaschismus in diesem Land eine rechtsextreme Partei eine Landtagswahl gewinnt. Und dann höre ich meinen Bundeskanzler. Der sagt mir allen Ernstes, die Reformen – also die Sozialkürzungen – müssten weitergehen. Und nicht nur das: Er erklärt diese Reformen zum Mittel gegen den wachsenden Autoritarismus in diesem Land, also gegen die AfD! Ernsthaft? Was nimmt der Mann? Das ist wirklich der Oberhammer! (*Merz-Zitat: „Diese Reformen sind das Mittel gegen das autoritäre Gift, das mit der Faszination des Autoritären immer tiefer in unsere Gesellschaft eindringt“*)

Es gibt inzwischen zahlreiche Studien, die zeigen: Armut und Ungleichheit zerstören das Vertrauen in die Demokratie. Abstiegsangst und das Gefühl, abgehängt zu sein, lassen den Frust wachsen – und bringen immer mehr Menschen dazu, rechts zu wählen. Das ist nicht die einzige Erklärung, klar. Aber es ist eine ganz wesentliche.

Und dann steht Bundeskanzler Merz da und verkauft mir Sozialkürzungen als Bremse gegen den Rechtsextremismus.

Franzi: Dieser Bundeskanzler und diese Union – und leider auch die SPD – haben offenbar eine ganze Menge noch nicht verstanden! Es wird Zeit, sie mal ein bisschen aufzuklären und ihnen klarzumachen: Nicht mit uns! Dass wir heute hier auf den Straßen von Berlin und in 14 weiteren Städten sind, ist ein guter Anfang, ein

Rede 26.9.2026 Berlin für den Block „Feministisch, gewerkschaftlich, solidarisch“ (Bündnis 8.März Berlin)

Jana Seppelt, Landesfachbereichsleitung ver.di Fachbereich Gesundheit, soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft

Franziska Aurich, Pflegekraft an der Charité, ver.di Aktive, Mitglied Bundesfachbereichsvorstand Fachbereich Gesundheit, soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft

ermutigendes Zeichen. Aber das kann erst der Anfang sein! Wir müssen mehr werden, Leute – es geht um verdammt viel!

Denn was diese Regierung gerade zusammenstreicht, hat ein Geschlecht. Es sind vor allem Frauen und queere Menschen, die die Rechnung zahlen – weil sie immer noch den Löwenanteil der Sorgearbeit schultern und auffangen müssen, was der Staat liegen lässt.

Es ist Herbst, und die Bundesregierung will von ihren Reformen nicht lassen.

Die gesetzliche Krankenversicherung hat sie schon an die Kandare genommen. Und das bezahlen wir alle bitter: Wir werden noch länger in Wartezimmern sitzen, noch länger auf wichtige Arzttermine und Behandlungen warten, weil die Budgets für unsere Gesundheit gedeckelt werden – während wir gleichzeitig überall mehr zuzahlen sollen. Und wer im Schnitt weniger verdient – und das sind nun mal vor allem wir Frauen –, den trifft jeder zusätzliche Euro Zuzahlung besonders hart. Unsere Versorgung wird sich massiv verschlechtern. Und für uns, die wir in Krankenhäusern, Arztpraxen, Notaufnahmen und überall sonst arbeiten, die wir pflegen, uns kümmern, Euch behandeln und auch retten – für uns soll künftig weniger Geld da sein!

Für die Pflege am Bett heißt das ganz konkret: Unsere hart erkämpften Regelungen für bessere Personalschlüssel sollen in die Tonne getreten werden. Und da sagen wir: Nicht mit uns! Dafür streiken wir gerade an der Charité, wo der Konflikt um die Folgen dieses Gesetzes schon tobt – und von dort aus müssen wir diesen Konflikt gemeinsam mit Euch allen in die Gesellschaft tragen!

Rede 26.9.2026 Berlin für den Block „Feministisch, gewerkschaftlich, solidarisch“ (Bündnis 8.März Berlin)

Jana Seppelt, Landesfachbereichsleitung ver.di Fachbereich Gesundheit, soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft

Franziska Aurich, Pflegekraft an der Charité, ver.di Aktive, Mitglied Bundesfachbereichsvorstand Fachbereich Gesundheit, soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft

Jana: Es ist Herbst, und die Bundesregierung will von ihren Reformen nicht lassen.

In der Kinder- und Jugendhilfe hat sie im August einen Gesetzentwurf beschlossen, der im Oktober ins Parlament soll. Damit will sie das Recht von Kindern und Jugendlichen mit seelischer oder körperlicher Behinderung aufweichen – das Recht auf ein selbstbestimmtes, würdevolles Leben und auf Teilhabe an der Gesellschaft. Ein Recht, das durch die UN-Behindertenrechtskonvention verbrieft ist, die dieses Land ratifiziert hat!

Diesen Kindern und ihren Familien wird gesagt: Sorry, kein Geld da. Individuelle Einzelfallhilfe gibt es nicht mehr – Ihr müsst Euch die Assistenz jetzt in Gruppen teilen. Einzelfallhilfe soll es nur noch geben, wenn die Familie nachweist, dass es mit einer Gruppenlösung nicht geht. Das heißt: Man nimmt den Menschen erst ihr Recht – und macht sie dann zu Bittstellern. Im Alltag bedeutet das: Diese Familien müssen noch mehr um ihre Würde und um unbeschwerte Zeit kämpfen. Die Mütter und Väter – vor allem die Mütter – werden von den Kämpfen mit den Behörden noch erschöpfter sein. Und das alles auf Kosten von Kindern und Jugendlichen, von denen viele – das ist absehbar – aus den Regelschulen gedrängt werden. Auch DAS ist eine verdamnte Konsequenz dieses Gesetzes. Und da sag ich nur: Hallo, AfD ...

In der Eingliederungshilfe für ältere Menschen: genau dieselbe Gangart. Individuelle Rechtsansprüche sollen wegfallen, das sogenannte „Wunsch- und Wahlrecht“ wird angegriffen. Und in beiden Bereichen – in der Kinder- und Jugendhilfe wie in der Eingliederungshilfe – werden die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten massiv attackiert. Und das sind wieder vor allem Frauen! Die Refinanzierung von Tarifverträgen soll begrenzt, die Fachkraftquote abgesenkt werden. Das heißt: Die

Rede 26.9.2026 Berlin für den Block „Feministisch, gewerkschaftlich, solidarisch“ (Bündnis 8.März Berlin)

Jana Seppelt, Landesfachbereichsleitung ver.di Fachbereich Gesundheit, soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft

Franziska Aurich, Pflegekraft an der Charité, ver.di Aktive, Mitglied Bundesfachbereichsvorstand Fachbereich Gesundheit, soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft

Qualität der Versorgung soll runter – und die Bezahlung gleich mit. Und da sagen wir: Nicht mit uns!

Franzi: In der Altenpflege – genau dieselbe Gangart. Die Leistungen der Pflegeversicherung sollen massiv gekürzt werden. Da geht es um richtig viel Geld, das Menschen mit Pflegegrad künftig nicht mehr zustehen soll – falls sie es überhaupt bis dahin schaffen, denn auch der Zugang zu den Pflegegraden soll erschwert werden. Und auch hier zielt der Plan darauf, Tarifsteigerungen zu begrenzen und Personal einzusparen. Vier Jahre lang kein Tariflohn in der Pflege – das muten sie einem Beruf zu, der von Frauen und Migrant*innen getragen wird und ohnehin unter Wert bezahlt ist! ver.di nennt das zu Recht einen Affront gegen die Beschäftigten.

Jetzt im Herbst will sich die Regierung auf den Gesetzentwurf einigen, in Kraft treten soll das Gesetz schon Anfang 2027. Dieses Pflegeneuordnungsgesetz drückt die Pflege unserer Angehörigen noch stärker in die unbezahlte, häusliche Care-Arbeit und prekariisiert die gesamte Pflege und Versorgung. Und wir wissen genau, auf wessen Kosten das vor allem geht: auf Kosten von uns Frauen – und von allen, die in diesem Land den Großteil der Care-Arbeit wuppen. Wer zu Hause pflegt, wird gedrängt, im Job kürzerzutreten oder ganz auszusteigen. Und im Gespräch ist sogar, die Rentenbeiträge für pflegende Angehörige zu kürzen. Das heißt: Erst pflegst du unbezahlt – und dann landest du in der Altersarmut. Und da sagen wir: Nicht mit uns! Nicht mit uns!!!

Und nur weil meine Zeit nicht reicht, rede ich noch gar nicht von den Kürzungen, die bei unseren Renten geplant sind! Nur so viel: Altersarmut hat ein weibliches Gesicht. Frauen haben im Schnitt viel weniger betriebliche oder private Altersvorsorge – jede Kürzung bei der gesetzlichen Rente trifft sie deshalb doppelt hart.

Es reicht!

Jana: Und ich hab es so satt, dauernd von der Alternativlosigkeit dieser Kürzungspakete zu hören! Es gibt Alternativen. Der Sozialstaat ist bezahlbar – wir brauchen nur den politischen Willen für wirkliche Reformen!

Deshalb stehen wir heute nicht nur hier, um diese Angriffe zurückzuweisen. Wir stehen hier auch, weil wir konkrete Forderungen haben:

1. Der Bund muss den Sozialkassen endlich alle sogenannten versicherungsfremden Leistungen vollständig erstatten. Leistungen für den gesamtgesellschaftlichen Ausgleich – Stichwort Mütterrente oder Angleichung der Ost-Renten – darf er nicht immer weiter aus dem Topf der Versichertenbeiträge bezahlen. Ob Rente, Pflege oder Gesundheit: Mit dieser Politik lässt der Bund die Kassen seit Jahren und Jahrzehnten systematisch ausbluten.
2. Es muss also mehr Steuergeld ins System. Und dafür brauchen wir endlich eine Besteuerung der pervers hohen Vermögen an der Spitze – damit Multimillionäre und Milliardäre in diesem Land prozentual nicht weniger Steuern und Abgaben zahlen als eine Familie aus der Mittelschicht. Denn genau das ist heute der Zustand! Und wir brauchen eine reformierte Erbschaft- und Schenkungsteuer, damit die allergrößten Millionenvermögen nicht länger faktisch steuerfrei vererbt werden. Denn auch das ist heute der Fall.
3. Wir brauchen eine echte Erwerbstätigenversicherung! Das heißt: Auch Beamt*innen gehören in die gesetzliche Rentenversicherung – und im

Gesundheitswesen muss die Zwei-Klassen-Medizin mit der privaten Krankenversicherung abgeschafft werden.

Franzi:

4. Wir brauchen eine bedürfnisorientierte Pflege-, Gesundheits- und Bildungsversorgung – von der Krippe bis zur Hochschule – und gute Arbeitsbedingungen. Dazu gehören, um nur einen Punkt zu nennen, bessere Personalschlüssel.
5. Wir brauchen eine bedürfnisorientierte Kinder- und Jugendhilfe und eine bedürfnisorientierte Eingliederungshilfe, die das Recht auf Teilhabe und Selbstbestimmung achten und Menschen nicht zu Bittstellern machen.
6. Wir brauchen eine auskömmliche Rente für alle und einen echten Kampf gegen die Altersarmut in diesem Land. Und wir brauchen keine Reform, mit der ein Teil unserer Rentenansprüche künftig an den volatilen, krisenhaften Finanzmärkten erwirtschaftet werden soll, wie es jetzt geplant ist. Denn dabei wird die Mehrheit der Menschen in diesem Land nur verlieren – ganz egal, was uns die Finanzmarktindustrie und der BlackRock-Kanzler gerade ständig erzählen!

Jana:

7. Wir brauchen eine Politik, die im Haushalt mehr Geld für Soziales bereitstellt – statt, wie jetzt obendrein geplant, beim Elterngeld, beim Wohngeld, beim Unterhaltsvorschuss und wer weiß wo noch zu kürzen!
8. Last but not least: Wir brauchen eine Politik, die auf Mobilitäts-, Energie- und Wohnungswende setzt statt auf Rüstungswende. Eine Politik, die endlich eine

Rede 26.9.2026 Berlin für den Block „Feministisch, gewerkschaftlich, solidarisch“ (Bündnis 8.März Berlin)

Jana Seppelt, Landesfachbereichsleitung ver.di Fachbereich Gesundheit, soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft

Franziska Aurich, Pflegekraft an der Charité, ver.di Aktive, Mitglied Bundesfachbereichsvorstand Fachbereich Gesundheit, soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft

Industriepolitik nach vorne macht – mit dem tiefen Wissen der Kolleginnen und Kollegen an Bord – und nicht rückwärtsgewandt alte Rezepte aufwärmt.
Und by the way: Bleibt uns in Berlin mit Eurem höchstwahrscheinlich verfassungswidrigen Antivergesellschaftungsgesetz vom Hals!

Dafür stehen wir heute hier, dafür kämpfen wir, dafür halten wir zusammen – und dafür müssen wir mehr werden. Feministisch, gewerkschaftlich, solidarisch: Denn Sozialpolitik ist immer auch Geschlechterpolitik!

Auf geht's – don't panic – organize!